

Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik BW

40. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“ Juli 2023

Editorial

Was für ein makabres Lehrstück des modernen Rassismus.

In Pylos sterben hunderte Menschen bei ihrem Versuch, in Europa Zuflucht zu finden. Mutmaßlich verursacht durch den griechischen Grenzschutz“. Dies wäre hundertfacher Totschlag, und wenn vorsätzlich, dann hundertfacher Mord durch staatliche Organe eines Mitgliedslandes der Europäischen Union. Die Proteste der deutschen Bundesregierung waren dezent. Ein Ausdruck der deutschen und auch Grünen Doppelzüngigkeit. Es gibt ein stillschweigendes Übereinkommen mit denen, die das schmutzige Geschäft der Abwehr von Geflüchteten an den Außengrenzen übernehmen, ohne sich selbst die Finger schmutzig machen zu müssen. Auch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ist begrenzt, auch hier scheint es ein stillschweigendes Einverständnis im Sinne einer Gewöhnung an unvorstellbare Todeszahlen zu geben, uns alle mehr oder weniger eingeschlossen.

Gleichzeitig galt die mediale Aufmerksamkeit einigen Superreichen, die aus blankem Spaß und Langeweile mit einem U-Boot in unanständig teuren Expeditionen zum Wrack der Titanic unterwegs waren und verschollen sind. Hier Menschen mit Namen, Geschichten und Gesichtern, dort großteils namenlose Zahlen.

Und dann wird – wiederum mehr oder weniger gleichzeitig – von der Bundesregierung mal wieder ein sogenannter Asylkompromiss ausgehandelt. Und immer, wenn sie von Kompromiss sprechen, ist es ein weiterer Schritt zum Abbau des Rechts auf Asyl. Die Älteren unter uns erinnern sich vielleicht noch an den Asylkompromiss Anfang der 90er Jahre, als gegen den damals noch relativ lauten Widerstand erstmals sichere Herkunfts- und Drittstaaten, verkürzte Asylverfahren und spezielle Unterbringung durchgesetzt wurden. Alles, was wir damals als Festung Europa noch als Gespenst an die Wand gemalt haben, ist nicht nur eingetroffen, sondern weit übertroffen. Damals haben wir davor gewarnt, dass in der Logik der Grenzabwehr irgendwann Menschen an den Außengrenzen sterben werden. Das ist gerade mal gut 30 Jahre her. Es wird Zeit, dass wir lauter werden.

In einem kleinen Schwerpunkt haben wir einige Beitrag zu diesem Themenfeld zusammengestellt. Die Kolleg_innen aus der BfDA Stuttgart und Vassilis Tsianos haben

40. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Gastkommentare beigesteuert. Herzlichen Dank! Herzlichen Dank auch an alle, die uns unterstützen, indem sie uns Hinweise auf Material zuschicken.

Liebe Grüße und trotz alledem einen guten Sommer

Andreas Foitzik

Das Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik Baden-Württemberg versteht sich als Forum von Menschen aus den Feldern Soziale Arbeit, Schule, Bildung/Weiterbildung, Hochschule sowie angrenzenden Professionen, die sich fachlich und (fach-)politisch in den Feldern Soziale Arbeit, Schule, Weiterbildung – und auch darüber hinaus – einmischen und dort Rassismus selbststärkend, reflexiv-kritisch und wenn nötig auch skandalisierend zum Thema machen.

Das Netzwerk informiert mit diesem Newsletter Interessierte in Abständen von circa zwei Monaten über aktuelle Entwicklungen, Veranstaltungen und Publikationen in den Feldern der Rassismuskritik und Migrationspädagogik.

Der Newsletter erreicht bundesweit über 2000 Adressen und wird weitgehend ehrenamtlich erstellt. Die Auswahl der Beiträge lebt auch von den Empfehlungen (info@rassismuskritik-bw.de), die bei uns eingehen, und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Redaktion: Andreas Foitzik, Axel Pohl und Sabine Pester

Gastkommentare

Zur Verschärfung des Asylrechts.

Ein Gastkommentar des Büros für diskriminierungskritische Arbeit Stuttgart

Der sogenannte Asylkompromiss 2.0 steht aktuell im Mittelpunkt gesellschaftlicher und medialer Aufmerksamkeit in ganz Europa, umso wichtiger ist es, eine diskriminierungskritische Perspektive einzunehmen. Der als „historischer Erfolg“ gefeierte neue Pakt für Migration und Asyl trägt weiter zu einer Abschottung Europas bei, in der Menschenrechte eine immer kleinere Rolle spielen. Die Reform des Asylsystems beinhaltet streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen innerhalb der EU-Grenzen unter gefängnisähnlichen Konditionen. Die sogenannte ‚Fiktion der Nichteinreise‘ - die nichts anderes meint, als dass eine Person rechtlich als nicht eingereist gilt, obwohl sie es eigentlich ist - würde (mehr) Orte in Europa schaffen, in denen europäisches Recht für Menschen auf der Flucht nicht gilt. In denen die Menschenrechte nicht mehr gelten. Das Kindeswohl und Kinderrechte in Europa sind durch den neuen Asyl-Pakt nicht nur gefährdet, sondern werden aktiv angegriffen. Die Asylrechtsverschärfung auf EU Basis steht im Widerspruch zum deutschen Grundgesetz (GG) und dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und verstößt beinahe gegen alle 30 Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Statt Geld in die Unterbringung, Verpflegung und Bildung von Schutzsuchenden zu investieren, werden jedes Jahr mehrere Milliarden in die Abschottung Europas gesteckt, Frontex hoch militarisiert und menschenrechtsverletzende Deals mit Diktatoren an den EU-Außengrenzen abgeschlossen. Die Konsequenz hieraus: Die EU-Außengrenze gilt als die tödlichste Grenze der Welt. Mit der Verschärfung des Asylrechts wird ein Asylverfahren zweiter Klasse weiter etabliert und immer mehr Menschen werden in Haftzentren landen, wobei ihr einziges „Verbrechen“ ist, vor Krieg, Hunger und Klimakatastrophen nach Europa zu fliehen. Bereits jetzt sterben jährlich mehrere tausende Menschen auf ihrer Flucht nach Europa.

Im vergangenen Jahr sind laut UNHCR 1.940 Menschen auf ihrem Weg über das Mittelmeer gestorben oder gelten als vermisst¹. Durch die Gesetzesänderungen wird diese Zahl weiter deutlich steigen. Es werden noch mehr Geflüchtete durch sogenannte Pushbacks zurückgedrängt und daran gehindert Europa zu betreten. „Für die Länder stellten die Verfahren einen großen Aufwand dar, sodass sie es vorziehen könnten, Menschen an der Einreise zu hindern, statt sich um den Betrieb von Haftzentren und Grenzverfahren zu kümmern“². Einmal hier angekommen, zeigt der Rassismus sein inner-europäisches Gesicht. Angetrieben durch kapitalistische Grundwerte, findet eine Aufrechterhaltung (neo-)kolonialer & rassistischer Ordnungen statt, die Migration von Norden nach Süden legalisiert und umgekehrt illegalisiert.

Das heutige Grenzregime Europas, als Ergebnis europäischer Machtverhältnisse, sieht in der Migration und Flucht von Menschen eine kapitalistische Verwertungslogik. Auf der einen Seite werden gut ausgebildete „Fachkräfte“ gesucht und Verträge geschlossen, die zu einer Ausbeutung im Niedriglohnsektor führen, auf der anderen Seite wird auf Menschen auf der Flucht geschossen oder es wird dabei zugehsehen, wie sie ertrinken.

Es ist unerlässlich, dass wir die Menschenrechte und die Würde jedes einzelnen Menschen manifestieren, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Nationalität oder ihres Migrations &

¹ [Mittelmeer Flüchtlinge: Immer noch sterben viele Menschen](https://www.uno-fluechtlingshilfe.de) (uno-fluechtlingshilfe.de)

² [Europäischer Flüchtlingsrat: Asylverfahren zweiter Klasse mit EU-Deal](https://www.migazin.de) (migazin.de)

40. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

/Asylstatus. Wir als Anti-Diskriminierungsberatungsstellen bekommen die Verschärfungen des Asylsystems seit Jahren spürbar mit und nehmen ein erhöhtes Aufkommen an Beratungsaufsuchenden wahr. Die Ungleichbehandlung von Menschen auf der Flucht besteht bereits jetzt. Durch den Asylkompromiss 2.0 wird sich all das drastisch verschärfen. Es wird mehr Tote an den Außengrenzen geben und die EU wird den Titel tödlichste Grenze der Welt, weiter für sich beanspruchen.

Wir als Anti-Diskriminierungsstellen finden, dass die Rechte auf körperliche Unversehrtheit, Bewegungsfreiheit und die Unantastbarkeit der Würde für **alle** gelten muss. Ob mit europäischem Pass oder nicht. The freedom of Movement is everybody's right! Das Morden an den EU-Außengrenzen muss aufhören und die Bundesrepublik Deutschland und die EU sind hier in der Verantwortung.

Zwischen falschen Reformen und staatlichen Verbrechen des Friedens.

Ein Gastkommentar von Vassilis S. Tsianos

Die Diskussion um ein neues gemeinsames europäisches Asylsystem stagniert. Im Dreieck zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission verfestigt sich weiterhin eine institutionelle Blockade. Aktuell wird sie zudem flankiert von der Ratspräsidentschaft Spaniens und somit von einer Regierung, welche angesichts einer zu befürchtenden rechtspopulistischen Verschiebung des politischen Klimas aktuell keine weiteren Reforminitiativen in Sachen progressive Migrations- und Asylpolitik favorisiert. Als weitere, für diese Blockade verantwortliche Akteure müssen die 4 migrationsskeptizistischen Visegrád-Staaten und die wackelige Allianz der M5, der 5 Mittelmeerländer (Griechenland, Italien, Malta, Zypern, Spanien) genannt werden. Sie alle werden sicherlich die mit Mühe ausgehandelten Beschlüsse oder des Europäischen Rates oder in einem Jahr des Europäischen Parlaments faktisch so lange nicht anerkennen, bis sich der Dublin-Status quo zu ihren Gunsten verschiebt.

Die institutionelle Blockade stellt somit ein Problem dar, das sich nur durch die Festlegung verbindlicher Quoten lösen lassen wird. Denn das Dublin-System ist keines, welches Geflüchtete in die EU-Mitgliedstaaten an der EU-Außengrenze abdrängen sollte, sondern eines, das den Erstkontakt und den Asylantrag zum entscheidenden „Kriterium“ erhoben hat. Es ist nicht überraschend, dass gerade die zentraleuropäischen EU-Staaten und hierbei vor allem Deutschland, welches seit Anbeginn nachweislich von Dublin profitiert hat, so stark an einer Screening-Verpflichtung interessiert sind. Auch die Tatsache, dass der Schengen-Raum immer wieder auf die Probe gestellt wird, geht maßgeblich von Deutschland aus. An dieser Stelle soll deutlich gesagt werden, dass die Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen nicht nur rechtswidrig ist, sondern einen beabsichtigten Druck auf die EU-Mitgliedstaaten an der EU-Außengrenze ausübt, der weder funktioniert noch die Europäisierung der Asylpolitik stärkt.

Im Ergebnis erzeugt der nun erreichte Reformkompromiss des Europäischen Rates Operationen einer buchstäblich *beunruhigenden europäischen Grenze*, die weder humanisiert werden kann, noch uneingeschränkt brutalisiert werden darf. Anders gesagt: Es sind Operationen, die irgendwo zwischen „states of denial“ und „crimes of peace“ liegen. In der Sprache der Kriminologie werden die Praktiken der rhetorischen Verleugnung staatlicher Verbrechen als „states of denial“, als Leugnungszustände bezeichnet. Je vulgärer und unmenschlicher eine Praxis ist, desto vulgärer ist ihre Ablehnung, weil sie gezwungen ist, zu leugnen, was jeder weiß. Die Praxis der Leugnung von Pushbacks richtet sich zum einen an jene, die der Tod und die Gewalt an der Grenze längst immunisiert hat. Andererseits an solche, deren naiver Glaube, die

40. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Grenzkontrollbehörden würden niemals imstande sein, so viel humanitären Schaden anzurichten, beinahe unerschütterlich scheint. Gerade bei der zum heimlichen Abschreckungssystem gewordenen Praxis der Pushbacks handelt es sich um staatliche „crimes of peace“ (Maurizio Albahari), also um staatliche Verbrechen, die an unbewaffneten Zivilist:innen begangen werden, um einen geteilten Frieden in Europa herzustellen.

Bei Pushbacks handelt es sich um staatliche Maßnahmen, bei denen flüchtende und migrierende Menschen – meist unmittelbar nach dem Grenzübertritt – zurückgeschoben werden, ohne die Möglichkeit einen Asylantrag zu stellen oder dessen Rechtmäßigkeit gerichtlich überprüfen zu lassen. Pushbacks verstoßen u.a. gegen das Verbot der Kollektivausweisung, das in der Europäischen Menschenrechtskonvention³ festgeschrieben ist.⁴ Zudem sind sie auch als illegale Handlungen zu werten im Sinne der EU-Grundrechte-Charta⁵, die wiederum der Genfer Flüchtlingskonvention folgt (Artikel 18). Sie verstoßen auch gegen die Rechtsvorschriften des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS).

So sind beispielweise acht Jahre vergangen seit dem Schiffsunglück in Farmakonisi im Januar 2014, bei dem elf Menschen ertranken, die meisten von ihnen Kinder. Die Überlebenden haben sich an Straßburg gewandt; der Fall war acht Jahre bis zum Urteil vom 7. Juli 2022 vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hängig. In einer im letzten Jahr verkündeten Entscheidung hat der europäische Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg Griechenland wegen einer Verletzung des Rechts auf Leben und wegen unmenschlicher und erniedrigender Behandlung verurteilt und dazu verpflichtet 330.000€ Entschädigung an die Hinterbliebenen zu zahlen. Darüber berichtet Pro Asyl.

Bei einer Pushback-Operation der griechischen Küstenwache starben im Januar 2014 drei Frauen und acht Kinder aus Afghanistan. Obwohl das Flüchtlingsboot mindestens 15 Minuten im Schlepptau der griechischen Küstenwache gewesen sein soll, wurden die Flüchtlinge weder an Bord des Schiffs der Küstenwache geholt noch wurden Rettungswesten ausgeteilt. Die Flüchtlinge schildern eine Push-Back-Operation, die griechischen Behörden hatten behaupten, eine Seenotrettungsmaßnahme durchgeführt zu haben. Nachdem das Boot von der Küstenwache geschleppt worden war, wurde die Verbindung getrennt. In einer Pro Asyl Analyse zu den Vorgängen heißt es zum weiteren Verlauf: „Das Boot wurde mit den Frauen und Kinder unter Deck in die Tiefe gerissen. Eine Mutter und ihr Sohn wurden am darauffolgenden Tag von der türkischen Küstenwache tot geborgen, der Leichnam eines Babys wurde Tage später vor der Insel Samos gefunden. Die übrigen acht toten Körper wurden Wochen später aus dem Rumpf des Schiffes geborgen. 16 Menschen konnten sich auf das Küstenwachtschiff retten“.

Der damalige Menschenrechtskommissar des Europarats, Nils Muižnieks, hatte erklärt, es handele sich um einen „Fall von gescheiterter Massenabschiebung“. Monate nach dem Vorfall, als die griechischen Justizbehörden das Verfahren einstellten, sagte er: „Was ich heute sehe, ist, dass die Straffreiheit die Gefahr birgt, schwere Menschenrechtsverletzungen zu vertuschen.“⁶

Der Fall Farmakonisi ist insofern von Bedeutung, weil er überraschende Ähnlichkeiten hat mit dem tragischen Fall von Pylos. Und zwar in doppelter Hinsicht, sowohl was das Handeln der griechischen Küstenwache betrifft, aber auch was die mögliche juristische

³ https://www.echr.coe.int/documents/convention_deu.pdf

⁴ zitiert nach ECCHR.

⁵ https://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf

⁶ Apostolis Fotiadis, A. (2015), The Merchants of Borders: The new European Surveillance Architecture. Athens: Potamos

40. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Auseinandersetzung mit den Folgen dieser Tragödie. Videos und eine interaktive Karte von Forensis (Schwesterorganisation der bekannten Forschungsgruppe Forensic Architecture) rekonstruieren den Kurs des verunglückten Fischerboots der Flüchtlinge und die Bewegungen der Küstenwache. Die Untersuchung bestätigt die aktive Rolle der Küstenwache beim Untergang des Fischerbootes, nachdem sie zweimal versucht hatte, es anzulegen und abzuschleppen, und zeigt tragische Widersprüche zwischen den Aussagen des Kapitäns der Küstenwache und den Angaben des Hauptquartiers der Seenotzentrale auf. Die Untersuchung rekonstruiert die Bewegungen des Fischerbootes und des Bootes der Küstenwache anhand von Fotos und Videos des Fischerbootes von der Küstenwache, von Frontex, von Schiffen an der Seite sowie von Satellitenbildern und Notsignalen, die Aussage des Kapitäns der Küstenwache und Beweise aus dem Decklogbuch, und verglich diese mit den Aussagen von 26 Überlebenden, der bisher größten Zahl, die den Ermittlern der beiden Teams und Journalisten des Guardian, STRG_F (ARD/Funk) und Solomon zur Verfügung gestellt wurden.

Den Ermittlungen zufolge näherte sich das Boot der Küstenwache dem Fischerboot gegen Mitternacht, nachdem die Schiffe ausgelaufen waren, und bat darum, ihm auf einem Kurs in italienische Gewässer zu folgen. Als der Motor des Fischerboots abgestellt wurde, näherte sich das Boot der Küstenwache mit seinem Heck dem Bug des Fischerboots, ein maskierter Mann kletterte an Bord des Fischerboots und band ein Seil an der mittleren Reling an Steuerbord fest. Beim ersten Mal wurde das Seil durchgeschnitten. Beim zweiten Mal bewegte sich die Küstenwache mit höherer Geschwindigkeit, so dass das Fischerboot erst nach Steuerbord, dann nach Backbord und dann wieder nach Steuerbord kippte und sich nach Steuerbord überschlug. Die Überlebenden auf dem Innendeck sahen das Abschleppen nicht, spürten aber, wie sie kurz nach dem Abstellen des Motors wie eine Rakete scharf nach vorne geschleudert wurden. Nachdem das Fischerboot gekentert war, entfernte sich der Boot der Küstenwache und verursachte Wellen, die zum Sinken des Schiffes beitrugen und das Schwimmen erschwerten. Das Rettungsboot blieb etwa eine halbe Stunde auf Distanz und leuchtete das Wrack mit seinen Scheinwerfern aus, dann kehrten die Besatzungsmitglieder mit einem Rettungsboot zum Wrack zurück, um nach Überlebenden zu suchen.

Aus der Analyse der von der Küstenwache veröffentlichten Koordinaten und Zeiten geht hervor, dass das Fischerboot etwa eine Stunde vor dem von der Küstenwache angegebenen Zeitpunkt, an dem der Motor des Fischerboots aussetzte, von 00:44 Uhr bis 1:40 Uhr, nahezu stationär war und mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von etwa einer halben Seemeile pro Stunde nach Süden fuhr. Dies steht im Widerspruch zu den Angaben im Logbuch der schwimmenden 920 und der eidesstattlichen Erklärung des Kapitäns, wonach sich das Fischereifahrzeug von 23:57 bis 1:40 Uhr mit einer Geschwindigkeit von etwa 3 Knoten in Richtung Westen bewegte. Schließlich hält die Untersuchung fest, dass es starke Anzeichen dafür gibt, dass die Küstenwache maßgeblich für das Kentern verantwortlich ist, und dass es sehr wahrscheinlich ist, dass die Küstenwache versucht hat, die Fakten falsch darzustellen.

Alle Zeugen berichten, dass ihre Mobiltelefone beschlagnahmt wurden, entweder an Bord des Bootes der Küstenwache nach ihrer Rettung oder später in Kalamata, und dass die Behörden sich trotz wiederholter Aufforderung weigerten, sie zurückzugeben. Einige berichteten, dass die Mobiltelefone, die sich in wasserdichten Taschen befanden, Videoaufnahmen von dem Moment kurz vor dem Untergang des Bootes enthielten. „Ich sagte ihnen, dass die griechische Küstenwache kam und das Seil an unser Boot band und uns abschleppte und das Boot zum Kentern brachte. Das haben sie nicht in meine Aussage geschrieben, und als sie sie am Ende vorlegten, konnte ich diesen Punkt nicht finden“, stellt ein Überlebender (Reporters United) fest und sagt, er sei unter Druck gesetzt worden, auf Personen zu verweisen, die wegen Menschenhandels angeklagt und inhaftiert waren. Ein anderer Überlebender berichtet, dass auf ihn Druck ausgeübt und

40. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

seine Aussagen manipuliert wurden: „Ich habe ihnen gesagt, dass die griechische Küstenwache dafür verantwortlich ist. Es gab einen Dolmetscher, der mir sagte, ich solle das nicht vor der Polizei sagen. Ich habe meine Aussage nicht geändert. Die griechische Polizei sagte: „Vielleicht sagen Sie das, weil Sie unter psychologischem Druck stehen und deshalb nicht wissen, was Sie sagen sollen. Sie sind verletzt.“ Ich hatte also Angst und habe nichts weitergesagt. Und sie haben das nicht in die Abschlusserklärung aufgenommen.“

Wie bekannt wurde, gaben neun Überlebende drei Tage nach ihrer ersten Aussage bei den Hafenbehörden eine Erklärung bei den Justizbehörden in Kalamata ab, in der sie detailliert beschrieben, dass die Küstenwache das Fischerboot abgeschleppt und zum Sinken gebracht hat. Die journalistische Untersuchung der sieben Medien enthüllt auch die Klagen der Überlebenden darüber, dass die Küstenwache ihre Mobiltelefone, die Videos und Fotos des Schleppens und des Kenterns enthielten, konfisziert und verschwinden lassen hat, dann aber leugnete, sie konfisziert zu haben, oder sich weigerte, sie zurückzugeben, selbst als Anwälte eingeschaltet wurden.

Wie bedenklich der Fall Pylos ist, erklärt vielleicht der außerordentliche Duktus des Vorsitzenden des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten des Europäischen Parlaments (LIBE). LIBE ist mit den Zusicherungen Griechenlands, es sei in der Lage, eine glaubwürdige Untersuchung der Umstände des Schiffbruchs in Pylos durchzuführen, nicht zufrieden und fordert eine internationale, unabhängige und transparente Untersuchung, die vom Europarat oder der UNO koordiniert wird. In einem Schreiben an die EU-Kommissarin Ilva Johansson und den griechischen Minister für Meeresangelegenheiten, Miltiades Varvitsiotis, vom 28. Juni erklärte Juan Fernando Lopez Aguilar, dass trotz der frühzeitigen Warnung von Frontex vor der Gefahr, in der sich das Schiff befand, „die griechische Küstenwache keine Maßnahmen ergriffen hat, was tragische Folgen und enorme Kosten in Form von Menschenleben nach sich zog“. Er fordert die griechischen Behörden und die Europäische Kommission auf, „unverzüglich eine unabhängige und transparente internationale Untersuchung des Vorfalls einzuleiten, um die Handlungen der griechischen Behörden und von Frontex sowie deren Übereinstimmung mit dem europäischen und internationalen Recht, insbesondere mit den Rechtsvorschriften über Suche und Rettung auf See, zu prüfen“. Und er schlägt vor, dass der Menschenrechtskommissar des Europarates, der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für Migration und Flüchtlinge oder der UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte von Migranten die Untersuchung durchführen sollten.

Inhaltsverzeichnis

Zur Verschärfung des Asylrechts.....	3
Zwischen falschen Reformen und staatlichen Verbrechen des Friedens.....	4
Schwerpunkt: Festung Europa – die „Schiffskatastrophe“ von Pylos.....	10
Das Todesschiff: Chronik einer angekündigten Katastrophe.....	10
Zeugen von Bootsunglück belasten griechische Küstenwache.....	10
Wir fordern: Sofortiges Ende systematischer Grenzgewalt.....	10
Abolishing Borders, Ending Violence, Transforming Justice.....	11
Jenseits von Gut und Böse.....	11
Systematische Abschiebung und Drift-Backs von Migrant*innen unter dem griechischen Premierminister Mitsotakis.....	11
Stop Border Violence.....	11
Schwerpunkt: Festung Europa und die EU-Asylreform.....	13
EU-Asylreform: Was nicht sicher ist, wird sicher genannt.....	13
Leitlinien für eine gemeinsame europäische Asylpolitik.....	13
„Menschenrechte sind nicht verhandelbar!“.....	13
„Bedingungen für eine menschenwürdige und gerechte Flüchtlings- und Migrationspolitik“.....	14
grenz:gedanken – Zwischen Identität, Solidarität und Bewegungsfreiheit.....	14
Erst stirbt das Recht, dann der Mensch.....	14
Mehr Mut bei „Spurwechsel“.....	14
Urteil des Bundesverwaltungsgerichts: Grundrechtsschutz light in Erstaufnahmeeinrichtungen.....	15
Asylrecht von queeren Menschen besonders bedroht.....	15
Kampagnen.....	16
Für eine konsequentere Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts.....	16
Tagungen / Veranstaltungen.....	17
Grundausbildung Antidiskriminierungsberatung Baden-Württemberg.....	17
Was uns stärkt und was uns verbindet – Ein Empowermentraum für BIPOC*.....	17
Erziehungswissenschaften dekolonisieren?! – Decolonization is not a metaphor.....	17
Zusammenarbeit mit Abya Yala/Lateinamerika auf Augenhöhe? Dekoloniale und empowernde Ansätze in der “Partnerschaftsarbeit”.....	18
Betzavta: Jugendliche & Demokratie in der partizipativen, diversitätssensiblen Jugendarbeit.....	18
Materialien.....	20
Nivedita Prasad (Hrsgin.): Methoden struktureller Veränderung in der Sozialen Arbeit.....	20
Inken Bartels, Isabella Löhr, Christiane Reinecke, Philipp Schäfer, Laura Stielike (Hg.) Umkämpfte Begriffe der Migration – Ein Inventar.....	20
Abschlussbericht des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit (UEM) im Bundesministerium des Innern und für Heimat.....	21
EXPERTENBERICHT: Viele Muslime erfahren regelmäßig Diskriminierung.....	21
Streik bei Ford 1973: Die wilden Streiks.....	21

40. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

"Diskriminierungskritische Analyse von Schulbüchern im Land Bremen"	22
Studie: Rassistische Inhalte in Bremer Schulbüchern	23
Geflüchtete aus der Ukraine	23
Anerkennung und Beschäftigung ukrainischer Lehrkräfte.....	23
Türkische Gemeinde in Deutschland e.V. (Hg.): Flucht aus der Ukraine- Herausforderungen und Chancen für die Migrationsgesellschaft	23
Düsseldorfer AK „Rassismuskritische Schulen“ (Hrsg): Wie Rassismus an Schulen begegnen?	24
Tobias Linnemann: Bildet Scham? Zusammenhänge von Scham und Bildungsprozessen ˆ von weiß- mehrheitsdeutsch Positionierten bezüglich ihrer Involvierung in rassistische Verhältnisse	24
Katharina Schoenes: Asyl, Sexualität und Wahrheit -Gerichtliche Entscheidungen zum Asylgrund »sexuelle Orientierung«	25
Anna Sabel / Natalia Amina Loinaz / Verband binationaler Familien und Partnerschaften (Hg.): (K)ein Kopftuchbuch - Über race-, Religions- und Geschlechterkonstruktionen und das, wovon Kopftuchdebatten ablenken	25
Meldungen	27
Madjiguène Cissé ist gestorben: Die Anführerin der Sans Papiers	27
Posthume Ehrung für Mevlüde Genç zum 30. Jahrestag des Brandanschlags.....	27
„Habe das Vertrauen verloren“: Angehörige fordern vor Ende des U-Ausschusses zu Hanau Konsequenzen..	27
Konflikte im Amateur-Fußball: Weniger Gewalt, mehr Diskriminierung	27
Regelschulen: Bildungsausschluss durch Inklusion: bevorzugt nach Herkunft	28
Hass-Chronologie: 17 Fälle aus 30 Tagen zeigen: Rassismus ist Alltag in Deutschland.....	28
Soziale Teilhabe: Migranten mit Behinderung massiv benachteiligt	28
Exklusionsrisiken junger Menschen am Übergang Schule – Beruf	29
Mehr Leute setzen sich gegen Diskriminierung zur Wehr	29
Brandbrief-Lehrer gehen nach rechten Anfeindungen	29
Gericht: Berliner Mohrenstraße kann umbenannt werden	30
Regenboden-Kapitalismus: Diversität als Modernisierungsstrategie	30
Forscherin kritisiert zu wenig Auseinandersetzung mit Rassismus	30
Stellenanzeigen	31

Schwerpunkt: Festung Europa – die „Schiffskatastrophe“ von Pylos

Das Todesschiff: Chronik einer angekündigten Katastrophe

TV-Beitrag der Monitorredaktion (WDR) für die Sendung am 20.07.2023

Der Beitrag zeigt eine Chronologie der Ereignisse rund um dieses Schiffsunglück. Aufgrund zahlreicher Augenzeugenberichte und weiterer Recherchen der Kooperation gibt es massive Zweifel an den Statements der griechischen Küstenwache zum Verlauf des Untergangs und zur Rettungsaktion selbst. Notwendige Maßnahmen zur Seenotrettung wurden offenbar bewusst unterlassen. Schilderungen von Augenzeugen legen zudem nahe, dass das Sinken des Schiffs erst durch Abschlepp-Versuche der Küstenwache verursacht wurde - während Hilfe der EU-Grenzschutzagentur Frontex oder von privaten Seenotrettungsorganisationen nicht angefordert wurde. Unabhängige Untersuchungen zu dem Vorfall werden verhindert, Beweismaterial zurückgehalten.

Zum TV-Beitrag, 16 Minuten

www.ardmediathek.de/video/monitor/das-todes-schiff-oder-recherche/das-erste/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLWU3OWFjNTI2LTViMDgtNGNjMy1hNjAzLThjNTIKYjNINTZhYg?fbclid=IwAR2CkQaXISx0_6szxHxRcLMutNJ19ofuuW-AQvSrNafD5p7cu_dPiH9W6UU

Zeugen von Bootsunglück belasten griechische Küstenwache

Artikel im migazin vom 25. Juni 2023 zur Schiffskatastrophe von Pylos

Nach Darstellung von mehreren Zeugen hat die griechische Küstenwache maßgeblichen Anteil am Bootsunglück im Mittelmeer mit Hunderten Toten. Sie soll das Boot mit Seilen zum Kentern gebracht und dann weggefahren sein.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2023/06/25/boot-kentern-zeugen-bootsunglueck-kuestenwache/

Quelle: www.migazin.de

Wir fordern: Sofortiges Ende systematischer Grenzgewalt

Offener Brief von über 180 Menschenrechtsorganisationen und Initiativen mit Tima Kurdi, die Tante von Alan Kurdi

In dem offenen Brief am World Refugee Day fordern die Initiativen eine vollständige und unabhängige Untersuchung des Schiffbruchs vor Pylos, klare Konsequenzen für die Verantwortlichen, ein Ende der systematischen Pushback-Praktiken an den europäischen Grenzen und Gerechtigkeit für die Opfer.

Zum Offenen Brief

www.seebruecke.org/aktuelles/offener-brief-von-180-menschenrechtsorganisationen-mit-alan-kurdi-s-tante

Quelle: www.seebruecke.org

Abolishing Borders, Ending Violence, Transforming Justice

Statement des Feminist No Borders Summer School

Dieses Statement zum Pylos Shipwreck wurde im Rahmen der Feminist No Borders Summer School vom Feminist Autonomous Centre for research (FAC research) in Athen verfasst.

Zum Statement

<https://feministresearch.org/wp-content/uploads/2023/06/Statement.pdf>

Jenseits von Gut und Böse

Kommentar im magazin von Sven Bensman vom 26. Juni 2023

Ich habe Fragen: Warum setzen wir Himmel und Hölle in Bewegung, um fünf Millionäre zu retten, setzen aber die Seenotrettung im Mittelmeer faktisch außer Kraft? Worum geht's?

Zum Kommentar

www.magazin.de/2023/06/26/nebenan-jenseits-von-gut-und-boese/

Systematische Abschiebung und Drift-Backs von Migrant*innen unter dem griechischen Premierminister Mitsotakis

Studie von Progressive Internationale and Forensic Architecture

Forensic Architecture hat heute den größten Fundus an Daten über Drift-Backs durch die griechische Regierung in der Ägäis veröffentlicht, die eine "systematische" und illegale Kampagne zur Brutalisierung und Aussetzung von Asylsuchenden an der griechischen Küste enthüllen.

In der Studie werden über 1.000 Fälle beschrieben, die verborgenen Geschichten ganzer Familien, die vor Krieg und Verfolgung fliehen und denen die Möglichkeit verweigert wurde, ihren Antrag auf Zuflucht und Asyl zu stellen. Die Kartierung entlarvt die griechische Ägäisgrenze zur Türkei als eine grausame Grenze der Gewalt und Gesetzlosigkeit in einem noch nie dagewesenen Ausmaß und widerlegt die Versuche der griechischen Regierung, dieses Verbrechen zu leugnen.

Zur Studie

<https://progressive.international/wire/2022-07-15-revealed-systematic-migrant-expulsion-and-drift-backs-under-greek-pm-mitsotakis/de>

Stop Border Violence

Europäische Initiative

Im Zusammenhang mit den gemeinsamen Zuständigkeiten der EU im Bereich „Justiz, Freiheit, Sicherheit“, in dessen Rahmen insbesondere Artikel 78 AEUV auf die entsprechenden politischen Verantwortlichkeiten bezüglich der Grenzkontrollen, des Asyls und der Einwanderung verweist, fordern wir die Ergreifung von geeigneten normativen Instrumenten, um eine wirksame Anwendung des Artikels 4 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union zu gewährleisten. Dies bedeutet zugleich, **die Verwendung von Gewalt und Folter sowie von unmenschlichen und erniedrigenden Behandlungsformen** bei der Kontrolle der Grenzen innerhalb des EU-Raums sowie in Drittländern, mit denen die europäischen Behörden oder ein oder mehrere

40. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Mitgliedstaaten Abkommen zur Einschränkung der Einreise von Migranten oder Asylbewerbern nach Europa unterzeichnet haben, **zu unterbinden**, wie auch bei der Abwicklung der Aufnahmemaßnahmen von Migranten und Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten selbst und zwar durch die Schaffung und Auferlegung von Sanktionen für den Fall der Nichteinhaltung der festgelegten Verpflichtungen.

Weitere Informationen

www.stopborderviolence.org/de/eci-sbv-deu/

Zur Möglichkeit der Unterzeichnung

<https://eci.ec.europa.eu/032/public/#/screen/home>

Quelle: www.kritnet.org

Schwerpunkt: Festung Europa und die EU-Asylreform

EU-Asylreform: Was nicht sicher ist, wird sicher genannt

Analyse von Clara Taxis vom 16. Juni 2023

Wer in Europa Schutz sucht, muss in Zukunft als Fachkraft kommen. Oder massive Gewalt und Haft an den Außengrenzen in Kauf nehmen. Was als historischer Kompromiss gefeiert wird, hat weder politische Weitsicht noch Empathie für Betroffene.

Der Text von Clara Taxis in der Reihe dis:orient arbeitet die Kritik an der Asylreform mit dem Fokus auf das Konzept der unsicheren Drittstaaten konzentriert journalistisch auf. In dem Beitrag sind viele Quellen von kritnet, Alarmphone, migrationcontrol, ProAsyl etc verlinkt.

Zur Analyse

<https://disorient.de/magazin/eu-asylreform-was-nicht-sicher-ist-wird-sicher-genannt>

Quelle: www.disorient.de

Leitlinien für eine gemeinsame europäische Asylpolitik

Pressekonferenz vom 7. Juni 2023 zur neuen Asylpolitik

Pressekonferenz mit Prof. Vassilis Tsianos, Vorstandsvorsitzender des Rates für Migration; Bernd Kasperek, Leiter der Abt. Integration, soziale Netzwerke und kulturelle Lebensstile des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) und Mitgründer des "Network for Critical Migration and Border Regime Studies"; Prof. Dr. Marei Pelzer, Frankfurt University of Applied Sciences mit Schwerpunkt auf europäischem und deutschem Asyl- und Migrationsrecht

Zum Video

www.youtube.com/watch?v=Zg3LeG7jTfs

„Menschenrechte sind nicht verhandelbar!“

Aufruf der Bildungsgewerkschaft GEW zum „Weltflüchtlingstag“ vom 19. Juni 2023

Anlässlich des „Weltflüchtlingstags“ am Dienstag kritisiert die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) den jüngsten Asylkompromiss der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) scharf. Sie appelliert an die Bundesregierung und das Europäische Parlament, sich im anstehenden Trilog-Gesetzgebungsverfahren für deutliche Nachbesserungen einzusetzen.

Zum Aufruf

www.gew.de/presse/pressemitteilungen/detailseite/gew-menschenrechte-sind-nicht-verhandelbar

„Bedingungen für eine menschenwürdige und gerechte Flüchtlings- und Migrationspolitik“

Positionspapier der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V.

Alle jungen Menschen, die nach Deutschland fliehen oder einwandern, müssen bei Bedarf ein verlässliches personales Angebot von professioneller sozialpädagogischer Qualität sowie eine rechtliche Beratung nutzen können. In diesem Sinne engagiert sich die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V. für eine menschenwürdige und gerechte Flüchtlings- und Migrationspolitik. Wir kritisieren deswegen in der Position „Bedingungen für eine menschenwürdige und gerechte Flüchtlings- und Migrationspolitik“ die aktuelle Richtung in der europäischen Flüchtlingspolitik und formulieren Forderungen an die Migrationspolitik in Deutschland.

Zum Positionspapier

<https://jugendsozialarbeit.news/position-bedingungen-fuer-eine-menschenwuerdige-und-gerechte-fluechtlings-und-migrationspolitik/>

Quelle: Jugendsozialarbeit-News vom 5.7.2023, www.jugendsozialarbeit.news

grenz:gedanken – Zwischen Identität, Solidarität und Bewegungsfreiheit

eine lose Artikelreihe aus postkolonialer Perspektive von dis:orient

Grenzen sind vielfältig: Sie sind in unserem Kopf. Sie sind hochgerüstete Mauern. Sie sind unsichtbar. Sie sind Gegenstand und Gegner von Solidarität. In unserer fortlaufenden Artikelserie diskutieren wir ihre Bedeutungen und Auswirkungen. Die Artikelserie „grenz:gedanken“ nähert sich den aktuellen Grenzen aus einer postkolonialen Perspektive. Diesen analytischen Rahmen auf Grenzen zu richten sehen wir dabei als einen relevanten Beitrag zur fortlaufenden Debatte um Grenzen und deren Überwindung. Von der Verhandlung der eigenen Identität und Solidarität entlang physischer und gedanklicher Grenzen bis zu Widerstand gegen die von Grenzen umgesetzte Ungleichheit richten wir die Aufmerksamkeit auf Grenzen an vielfältigen und nicht immer offensichtlichen Orten.

Zur Artikelsammlung

www.disorient.de/magazin/grenzgedanken-zwischen-identitaet-solidaritaet-und-bewegungsfreiheit

Erst stirbt das Recht, dann der Mensch

Aktueller Rückblick von Heiko Kaufmann auf 30 Jahre Asyl-Verschärfung im magazin vom 31. Mai 2023

Vor 30 Jahren beschchnitt der Bundestag das Asylrecht im Grundgesetz. Nur drei Tage später brannte in Solingen das Haus von Familie Genç. Beide Ereignisse können nicht unabhängig voneinander betrachtet werden.

Zum vollständigen Artikel

www.magazin.de/2023/05/31/30-jahre-asyl-verschaerfung-erst-sitrbt-das-recht-dann-der-mensch/

Mehr Mut bei „Spurwechsel“

Papier des Flüchtlingsrates Niedersachsen vom 5. Juli 2023

40. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Erstmals soll für Asylsuchende die Möglichkeit geschaffen werden, einen Aufenthaltstitel zu Arbeitszwecken zu erhalten und das Asylverfahren zu beenden. Darüber hinaus sollen Auszubildende eine Aufenthaltserlaubnis statt einer Duldung erhalten. Der Übergang ist für Geflüchtete aber mit so vielen Auflagen und Bedingungen verbunden, dass nur wenige Geflüchtete von den neuen Regelungen profitieren können. Der Flüchtlingsrat fordert Nachbesserungen.

Zum vollständigen Papier

www.nds-fluerat.org/56527/aktuelles/fluechtlingsrat-fordert-mehr-mut-beim-spurwechsel/

Urteil des Bundesverwaltungsgerichts: Grundrechtsschutz light in Erstaufnahmeeinrichtungen

Reaktion von Pro Asyl auf das Urteil vom 19. Juni 2023

Am Donnerstag, den 15. Juni 2023, entschied das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig über zwei zu einem Verfahren verbundene Klagen. In beiden ging es um die Frage des grundrechtlichen Schutzes von Zimmern in Sammelunterkünften von Geflüchteten. Die Klageverfahren wurden von einem Bündnis von Organisationen unterstützt, dem PRO ASYL, die Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V. (GFF), die Aktion Bleiberecht Freiburg und der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg angehören.

Zum vollständigen Artikel

www.proasyl.de/news/urteil-des-bundesverwaltungsgerichts-grundrechtsschutz-light-in-erstaufnahmeeinrichtungen/

Quelle: www.proasyl.de

Asylrecht von queeren Menschen besonders bedroht

Artikel auf der Homepage von Seebrücke vom 13. Juni 2023

Queere Menschen konnten aus Ländern mit allgemein geringer Anerkennungsquote bisher hoffen, dass in den individuellen Asyl- oder notfalls Klageverfahren ihre Verfolgungserfahrung aufgrund der sexuellen Orientierung oder Identität anerkannt und ein Schutzstatus gewährt wurde. Dies bedürfe allerdings "eine sorgfältige Prüfung ihres Asylbegehrens, die sich eingehend mit der Verfolgungssituation von LGBTIQ*-Personen auseinandersetzt". Genau dies wird durch die GEAS-Reform verunmöglicht. In Massenabfertigerungsverfahren in menschenunwürdigen Lagern können keine fairen Asylverfahren stattfinden.

Zum vollständigen Artikel

www.seebruecke.org/aktuelles/asylrecht-von-queeren-menschen-besonders-bedroht

Quelle: www.seebruecke.org

Kampagnen

Für eine konsequentere Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts

Stellungnahme des Rats für Migration vom 02. Juni 2023

Der Rat für Migration begrüßt, dass eine Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts angegangen wird. Ein deutlich einfacherer Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft bietet für die (post-)migrantische Gesellschaft ein großes Potential zur Herstellung der Rechtsgleichheit und stärkt damit insgesamt die Demokratie in Deutschland.

Insbesondere die generelle Anerkennung von Mehrstaatigkeit ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Zur vollständigen Stellungnahme

<https://rat-fuer-migration.de/2023/06/02/fuer-eine-konsequentere-modernisierung-des-staatsangehoerigkeitsrechts/>

Tagungen / Veranstaltungen

Grundausbildung Antidiskriminierungsberatung Baden-Württemberg

Mehrmodulige Ausbildung, Oktober 2023-Mail 2024, ONLINE

Mosaik Deutschland e.V. bietet in Kooperation mit adis e.V. und dem Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) die Qualifizierungsreihe "Grundausbildung Antidiskriminierungsberatung" an. Diese vermittelt angehenden Berater*innen in der Antidiskriminierungsberatung Wissen und Methoden für die beraterische Tätigkeit und qualifiziert die Teilnehmer*innen zum*r Antidiskriminierungsberater*in nach den Standards des advd. Das Qualifizierungsangebot richtet sich in erster Linie an Mitarbeitende und angehende Berater*innen der Antidiskriminierungsbüros in Baden-Württemberg. Die verfügbaren Plätze werden folglich vorrangig an Personen vergeben, die in Projekten von Mitgliedsorganisationen der „Landesarbeitsgemeinschaft Antidiskriminierungsberatung Baden-Württemberg“ arbeiten. Die Bewerbungsfrist endet am 01.09.2023.

Alle weiteren Informationen zu Inhalten, Terminen und Kosten

https://mosaik-deutschland.de/wp-content/uploads/2023/06/2023_24_Grundausbildung-AD-Beratung-Baden-Wuerttemberg.pdf

Kontakt

Levin Husen, Mosaik Deutschland e.V., husen@mosaik-deutschland.de, 0151 64495040

Was uns stärkt und was uns verbindet – Ein Empowermentraum für BIPOC*

2-tägiger Workshop, 8.+15. September 2023, Online

Dieser Workshop richtet sich an Menschen, die in unserer Gesellschaft Rassismus erfahren.

Empowerment gilt als eine notwendig erachtete Widerstandsform gegen Rassismus. Dies geschieht in geschützteren Räumen (safer spaces), in denen Rassismuserfahrungen zur Sprache und in den Austausch gebracht werden. Aus dem Austausch und der Solidarisierung miteinander bietet der gemeinsame Raum die Möglichkeit, Positionen und Handlungsmöglichkeiten gemeinsam zu entwickeln. Dies soll uns stärken, uns aus manchen Ohnmachtssituationen zu befreien.

Alle weiteren Informationen zu Inhalt und die Möglichkeit zur Anmeldung

www.gender-nrw.de/was-uns-staerkt/

Kontakt

fachstelle@gender-nrw.de

Quelle: www.idaev.de, Infomail 03/2023

Erziehungswissenschaften dekolonisieren?! – Decolonization is not a metaphor

Tagung, 22.-23.September 2023, Bonn

Wie sind die Erziehungswissenschaften in ihren Disziplinen und Professionen in Kolonialitäten verstrickt? Was bedeuten Dekolonisierungsansätze für Erziehungswissenschaften und ihre Wissensproduktion konkret? Was ist in welcher

40. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

notwendigen Radikalität zu tun (und was zu lassen), um Dekolonisierungsbestreben nicht als Metapher (Tuck/Yang 2012) zu schwächen? Anlässlich der Erscheinung von *Erziehungswissenschaften dekolonisieren. Theoretische Debatten und praxisorientierte Impulse* (Beltz, 2023) laden wir zu einem vertiefenden Austausch über die Beiträge des Bandes (hinaus) ein.

Alle weiteren Informationen zu Programm und Anmeldung

www.schulpaedagogik.uni-mainz.de/files/2023/06/EWDE-Programm-und-Anmeldung.pdf

Informationen zu Übernachtungsmöglichkeiten

www.schulpaedagogik.uni-mainz.de/files/2023/06/EWDE-Uebernachtung.pdf

Kontakt

Yalız Akbaba, akbaba@uni-mainz.de und Alisha Heinemann, Heinemann@uni-bremen.de

Zusammenarbeit mit Abya Yala/Lateinamerika auf Augenhöhe? Dekoloniale und empowernde Ansätze in der „Partnerschaftsarbeit“

4 modulige Online Qualifizierungsreihe, Sept – Nov. 2023,

Die Projektarbeit mit Partner*innen aus dem Globalen Süden ist auf sehr ungleiche Basis erbaut. Gelder und Vorgaben kommen aus Deutschland und häufig werden Menschen aus Deutschland in den Partnerländern eingesetzt, obwohl ihnen das Wissen über die lokalen Strukturen fehlt. Aber auch in der direkten Zusammenarbeit vor Ort oder in Teams hier in Deutschland werden Rassismen und andere Machtverhältnisse (unbewusst) reproduziert. Sich mit dieser Reproduktion auseinanderzusetzen ist ein umfassender Prozess. Er startet mit einer Selbstreflexion auf der *weißen/europäischen* Seite bzw. der Selbstermächtigung gegen diese Verhältnisse auf der Seite von BIPoC – Schwarze Menschen, Indigene und Peopel of Color. Wir finden, langfristig müssen sich die Strukturen, in denen die Projekte stattfinden, verändern. Nichtsdestotrotz ist eine dekoloniale „Partnerschaftsarbeit“ ein erster möglicher Baustein für diese langfristige Veränderung. Wichtig ist hierfür auch die Stärkung von Menschen mit Rassismuserfahrung innerhalb deutscher Organisationen und in Migrantenselbstorganisationen.

Deshalb bieten wir eine Qualifizierungsreihe zu macht- und rassismuskritischer Auseinandersetzung sowie empowernder Ansätze in der so genannten Partnerschaftsarbeit mit Abya Yala/Lateinamerika an. Wir vermitteln in vier Webinaren erforderliche Kompetenzen für eine rassismus- und machtsensible bzw. empowernte Zusammenarbeit.

Ziel ist es, gemeinsam Ideen für alternative Handlungsmöglichkeiten und rassismus- und machtsensible bzw. empowernte Praxen in der „Partnerschaftsarbeit“ zu entwickeln.

Alle weiteren Informationen

www.glokal.org/projekte/zusammenarbeit-mit-abya-yala-lateinamerika-auf-augenhoehe-dekoloniale-und-empowernde-ansaezte-in-der-partnerschaftsarbeit/

Anmeldeschluss: 04. September 2023

Kontakt/Fragen: anmeldung@glokal.org

Betzavta: Jugendliche & Demokratie in der partizipativen, diversitätssensiblen Jugendarbeit

Ausbildung, Oktober 2023-Oktober 2024, Pöcking bei Starnberg am See

Im Herbst startet die nächste Betzavta-Ausbildung mit dem Schwerpunkt "Jugendliche & Demokratie" in der partizipativen, diversitätssensiblen Jugendarbeit . Zum Kennenlernen

40. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

und als Voraussetzung zur Teilnahme an einer Betzavta-Ausbildung eignet sich das [Betzavta-Basismodul](#) vom 02.-06. Okt. 2023 auf Burg Schwaneck (Pulach). Die [Betzavta-Ausbildung](#) Teil 1 findet am 11.-15. März 2024, Teil 2 vom 21.-25. Oktober 2024 in Pöcking bei Stanberg am See statt. Wir haben sie sehr praxisorientiert und berufsbegleitend angelegt. Geeignet ist sie ebenfalls für Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen, sowie für Interessierte aus Bayern und bei freien Plätzen auch aus ganz Deutschland.

Weitere Informationen

<https://betzavta-trainings.de/blog/2023/04/28/betzavta-ausbildung-jugendliche-demokratie/>

Kontakt

Sabine Sommer

Materialien

Nivedita Prasad (Hrsgin.): Methoden struktureller Veränderung in der Sozialen Arbeit

Sachbuch

Nicht nur Symptome, sondern auch Ursachen sozialer Probleme bekämpfen: Über strukturellen Wandel in der Sozialen Arbeit wird viel gesprochen, aber selten über die Umsetzung solcher Veränderungen.

Das Buch verdeutlicht, dass strukturelle Veränderungen Kern Sozialer Arbeit sind und gibt Impulse, diese Haltung methodisch umzusetzen.

Dazu befassen die Autor*innen sich mit Methoden, die bislang vorwiegend von sozialen Bewegungen genutzt werden.

Darunter fallen etwa Policy Practice und Lobbyarbeit, aber auch Community Accountability, Whistleblowing und Blacktivismus.

Das Buch bietet somit eine Vorstellung von vielfältigen Methoden und zeigt Möglichkeiten der Social Action für die Soziale Arbeit auf.

Zur Bestellmöglichkeit

www.utb.de/doi/abs/10.36198/9783838560465-8-33

Nivedita Prasad (Hrsgin)

Methoden struktureller Veränderung in der Sozialen Arbeit

Verlag Barbara Budrich, 268 Seiten

PRINT 29,90 EURO, ISBN: 9783825260460

PDF 28,99 EURO, eISBN: 9783838560465

Inken Bartels, Isabella Löhr, Christiane Reinecke, Philipp Schäfer, Laura Stielike (Hg.) Umkämpfte Begriffe der Migration – Ein Inventar

Sachbuch

Die Begriffe, mit denen über Migration und Diversität geforscht und diskutiert wird, sind keineswegs neutral. Sie sind vielmehr das Ergebnis sozialer Praktiken und als solches selbst Gegenstand von Konflikten. Die Beiträge des Bandes untersuchen die Genese und den oft umstrittenen Gebrauch zentraler Migrationsbegriffe, ihr historisches Gewordensein und ihre politischen Implikationen: von »Ausländer« über »Integration« bis zur »Willkommenskultur«. Die Auseinandersetzung mit diesen kontroversen Begriffen leistet einen Beitrag zu mehr sprachlicher Sensibilität in den aktuellen Diskursen über Migration.

Zur Bestellmöglichkeit

www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5712-8/umkaempfte-begriffe-der-migration/

Inken Bartels / Isabella Löhr / Christiane Reinecke / Philipp Schäfer / Laura Stielike (Hg.)

Umkämpfte Begriffe der Migration – Ein Inventar

transcript Verlag, 348 Seiten, PRINT: 29,00 EUR, ISBN 978-3-8376-5712-8, E-Book

(PDF): Open Access 0 EUR ISBN 978-3-8394-5712-2

Abschlussbericht des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit (UEM) im Bundesministerium des Innern und für Heimat

Bericht

Staatssekretärin Juliane Seifert hat am Donnerstag, 29. Juni 2023, den Abschlussbericht "Muslimfeindlichkeit – Eine deutsche Bilanz" des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit (UEM) entgegengenommen. Gemeinsam mit Mitgliedern des UEM wurde der Bericht anschließend in einer Pressekonferenz vorgestellt.

Um die Anstrengungen im Kampf gegen Muslimfeindlichkeit zu intensivieren, hatte das BMI im September 2020 nach den rassistisch motivierten Anschlägen in Hanau vom 19. Februar 2020 den UEM einberufen. Der UEM hat sich in den vergangenen drei Jahren mit dem UEM in grundlegender Weise mit dem Phänomen Muslimfeindlichkeit auseinandergesetzt und Erscheinungsformen von Muslimfeindlichkeit in Deutschland analysiert. Der UEM war in seiner Arbeit und hinsichtlich des Abschlussberichts unabhängig.

Der UEM hatte sich zum Ziel gesetzt, ein bisher wenig beachtetes und ebenso kaum erforschtes Phänomen in seinen offenen und subtilen Erscheinungsformen sowie Wirkungsweisen beschreibbar zu machen. Außerdem soll deutlich werden, weshalb Muslimfeindlichkeit als ein gesamtgesellschaftliches Problem zu begreifen ist – und nicht nur ein Problem für die Betroffenen darstellt. Neben diesem Informations- und Wissensgehalt über Muslimfeindlichkeit in Deutschland enthält der vorliegende Bericht Handlungsempfehlungen für Politik, Verwaltung und Gesellschaft und versteht sich somit als Beitrag zur (Politik-)Beratung und hilft idealerweise auf politischer und behördlicher Ebene als Leitfaden bei Gestaltungsfragen und Entscheidungsfindungen.

Zum vollständigen Bericht

www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/BMI23006-muslimfeindlichkeit.html

Ebenfalls zu diesem Thema:

EXPERTENBERICHT: Viele Muslime erfahren regelmäßig Diskriminierung

Artikel im migazin vom 29. Juni 2023

Das Kopftuch, der arabische Name, vermeintlich rückständige Haltungen - all das kann für Menschen mit Vorbehalten Anlass für Feindseligkeit sein. Viele Muslime und Migrant*innen erfahren nach einem neuen Bericht regelmäßig Diskriminierungen - nicht nur von ganz rechts.

Zum vollständigen Artikel

<https://www.migazin.de/2023/06/29/expertenbericht-viele-muslime-erfahren-regelmaessig-diskriminierung/>

Quelle: www.migazin.de

Streik bei Ford 1973: Die wilden Streiks

2 Hörbeiträge von Jennifer Stange

Der Ford-Streik, Symbol migrantischer Streiks in Deutschland, so genannte Gastarbeiter*innen streiken damals für faire Behandlung. Mitat Özdimir, einen Zeitzeugen, hört ihr ausführlich in beiden Stücken, spricht von einem Wendepunkt. Viele,

40. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

die damals kamen, hatten bis dahin kaum gewagt, den Mund aufzumachen. - Deutschland war 1973 noch deutscher als heute. Eindrücke dazu liefert auch Lorenzo Annese, erster migrantischer Betriebsrat in Deutschland bei VW Wolfsburg. Ihr hört ihn in dem SWR-Stück zusammen mit dem Sozialhistoriker Peter Birke und Anne Mahn vom Technoseum in Mannheim, die diese Phänomene in die Geschichte der Arbeitskämpfe einerseits und der Bundesrepublik andererseits einordnen. Beide erinnern daran, dass es Ausbeutung, schlechte Bezahlung, ja sogar wilde Streiks heute noch gibt.

Strittig heute ist vor allem das Verhalten der Gewerkschaften, der IG Metall zu den wilden Streiks - die es übrigens bis heute gibt, sagt Peter Birke.

Häufig gestellte Frage im Kontext 1973: Haben sich die Funktionäre, Sekretäre und IG-Metall-Betriebsräte nicht ausreichend für ihre migrantischen Kolleginnen und Kollegen interessiert? Man kann diese Frage leicht mit ja beantworten, interessanterweise muss man aber feststellen, dass der rassistische Bias dieses Konflikts zwischen deutschen und migrantischen Arbeitern nie systematisch kritisch aufgearbeitet wurde. Genauso wenig, wie ein weiterer vielleicht noch entscheidenderer Aspekt damals: Die IG Metall kämpft damals ihren eigenen Kampf: gegen die Einflussnahme aus der Sponti-Bewegung, der KPD-Betriebsgruppen und so weiter. Gegen Leute wie Peter Bach. Ebenfalls im O-Ton, ebenfalls Zeitzeuge des Ford-Streiks.

Zu den Hörbeiträgen

www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/wdr5-neugier-genuegt-das-feature/audio-der-wilde-streik-bei-ford--100.html

www.swr.de/swr2/wissen/die-wilden-streiks-von-1973-wie-gastarbeiter-fuer-faire-behandlung-kaempften-100.html

Quelle: kritnet, www.kritnet.org

"Diskriminierungskritische Analyse von Schulbüchern im Land Bremen"

Studie

Wessen Geschichte wird wie erzählt? Für die Landeszentrale für politische Bildung Bremen hat die Kulturwissenschaftlerin Meral El vergangenes Jahr eine exemplarische Begutachtung von Schulbüchern im Land Bremen durchgeführt.

In der 40-seitigen Studie untersucht Meral El entlang einer diskriminierungs- und rassismuskritischen Analyse Schulbücher für den Bereich Gesellschaft und Politik, die im Land Bremen für die Klassen 9 und 10 an Oberschulen und Gymnasien zugelassen sind. Mit Verweis auf zahlreiche Text- und Bildbeispiele zeigt die Studie exemplarisch auf, in welcher Art und Weise rassistische, antisemitische und diskriminierende Differenzkonstruktionen und Bedeutungszusammenhänge fortgeschrieben werden. Die Autorin formuliert Fragen und Empfehlungen, wie alle Beteiligten, die mit Bildungsmedien arbeiten oder an Erstellung und Auswahl beteiligt sind, diskriminierungsrelevante Wissensbestände und Bezüge besser verstehen, irritieren und vermeiden können.

Im Rahmen des Projektes wurden Gespräche mit Expert*innen aus Schule, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in Bremen und Bremerhaven geführt, sowie im Mai 2023 ein Fachgespräch im Deutschen Auswandererhaus, welches als dialogische Dokumentation Teil der Publikation ist.

Zur Studie

www.landeszentrale-bremen.de/studie/

Ebenfalls zu diesem Thema:

Studie: Rassistische Inhalte in Bremer Schulbüchern

Artikel im migazin vom 28. Juni 2023

In Bremer Schulbüchern gibt es antisemitische, rassistische sowie sinti- und romafeindliche Inhalte und Abbildungen. Betroffene werden zudem als Opfer dargestellt. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Untersuchung. Vereinzelt gebe es in den Büchern aber auch gute Ansätze.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2023/06/28/studie-rassistische-inhalte-bremer-schulbuechern/

Quelle: www.migazin.de

Geflüchtete aus der Ukraine

Homepage der GEW zum Thema Ukraine

Viele Menschen fliehen vor dem Angriffskrieg auf die Ukraine, vor allem Frauen sowie Kinder und Jugendliche. Die GEW setzt sich für ihre gleichberechtigte (Bildungs-)Teilhabe ein, gibt Tipps für Lehrkräfte und Pädagoginnen und Pädagogen zum Thema „Krieg in der Ukraine“ sowie für den sensiblen Umgang mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen. Zudem bietet sie geflüchteten Kolleginnen und Kollegen Unterstützung, um ihnen das Ankommen und die berufliche Integration in Deutschland zu erleichtern.

Zur Homepage

www.gew.de/ukraine

Anerkennung und Beschäftigung ukrainischer Lehrkräfte

FAQs zur Anerkennung von Qualifikationen

Mit Blick auf die Anerkennung internationaler Berufsabschlüsse und -qualifikationen und die Arbeitsmarktintegration im Ausland ausgebildeter Lehr- und pädagogischen Fachkräfte gibt es sehr unterschiedliche Regelungen und damit verbundene Unklarheiten. Das betrifft etwa Voraussetzungen oder Verfahren zur Anerkennung und Möglichkeiten zur Nachqualifizierung, aber auch Beschäftigungsbedingungen sowie Eingruppierung und Gehalt.

Zur Homepage

www.gew.de/ukraine/beschaeftigung-ukrainischer-lehrkraefte

Türkische Gemeinde in Deutschland e.V. (Hg.): Flucht aus der Ukraine- Herausforderungen und Chancen für die Migrationsgesellschaft

Publikation

Der Angriffskrieg Russlands führte dazu, dass Millionen Menschen die Flucht aus der Ukraine antreten mussten. Knapp über eine Million Ukrainer*innen sind in Deutschland als Geflüchtete registriert. Was hat diese große Fluchtbewegung, in dieser kurzen Zeit für Auswirkungen auf die Migrationsgesellschaft in Deutschland? Dieser Frage geht die Publikation nach. Sieben Beiträge nehmen sich aus unterschiedlicher Perspektive dieser Frage an.

Zum kostenfreien Download

40. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2023/06/Flucht-und-Asyl_FLUCHT-AUS-DER-UKRAINE.pdf

Türkische Gemeinde in Deutschland e.V. (Hg.): Flucht aus der Ukraine- Herausforderungen und Chancen für die Migrationsgesellschaft, 24 S.

Quelle: www.idaev.de, Infomail 03/2023

Düsseldorfer AK „Rassismuskritische Schulen“ (Hrsg): Wie Rassismus an Schulen begegnen?

Handreichung

Rassismus als gesamtgesellschaftliches Problem macht auch vor Schulen nicht halt. Um die Düsseldorfer Schulen in den Bereichen Prävention und Intervention bei Rassismus zu unterstützen, hat sich im Jahr 2021 der Arbeitskreis „Rassismuskritische Schulen“ gegründet. Als erstes gemeinsames Produkt wurde nun die Handreichung „Wie Rassismus an Schulen begegnen?“ veröffentlicht und beim Fachtag „Düsseldorfer Schulen gemeinsam rassismuskritisch gestalten“ des Arbeitskreises am 14. Juni 2023 präsentiert. Die Handreichung bietet Schulleitungen, Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften einen Leitfaden, um rassismuskritische Maßnahmen nachhaltig im Rahmen eines Konzepts zum Schutz vor Rassismus an ihrer Schule zu verankern. Hierfür vermittelt die Handreichung wichtige Grundkenntnisse über Rassismus und den Ansatz der Rassismuskritik als (Professions-)Kompetenz. Ebenfalls enthalten ist eine Sammlung von externen Ansprechpartner:innen und von Finanzierungsmöglichkeiten für Präventionsangebote. Weiterführende Informationen finden sich unter

Zum kostenfreien Download

www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt13/presseanhang/2306/Handreichung-Rassismus-an-Schulen.pdf

Tobias Linnemann: Bildet Scham? Zusammenhänge von Scham und Bildungsprozessen von weiß-mehrheitsdeutsch Positionierten bezüglich ihrer Involvierung in rassistische Verhältnisse

Dissertation

Was hat Rassismus mit *weißen* Personen zu tun? Der Autor erforscht anhand von biographischen Interviews mit *weißen* Menschen, welche Bedeutung Scham in der Auseinandersetzung mit dieser Frage haben kann. Scham kann entstehen, wenn sich *weiße* Personen über eigenes, ungewollt rassistisches Handeln bewusst werden, aber auch mit Blick auf die eigene Untätigkeit angesichts rassistischer Machtverhältnisse. Scham kann zudem aufkommen, wenn *weiße* Personen damit konfrontiert sind, dass sie - anders als ihr bisheriges Selbstkonzept - von Schwarz oder of Color positionierten Menschen als *weiß*, privilegiert oder bedrohlich wahrgenommen werden.

Die Verarbeitung der eigenen Scham kann einerseits Anlass für Bildungsprozesse sein, in denen sich Selbst- und Weltverhältnisse ändern. Andererseits können sich in Bildungsprozessen auch Aspekte des eigenen Schamerlebens wandeln. Zugleich sind Scham und Bildungsprozesse *weißer* Personen über die eigene Involviertheit in rassistische Verhältnisse unausweichlich widersprüchlich.

Für (rassismus-)kritische politische Bildung ist interessant, wie Scham berücksichtigt werden kann, ohne selbst beschämend zu handeln. Ziel dieser Bildungsarbeit ist es, eine kritisch-reflexive Handlungsfähigkeit zu stärken, die zu einer Veränderung rassistischer

40. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Verhältnisse in der Gesellschaft beiträgt. Die Studie lotet Möglichkeiten, Grenzen und Widersprüche der Berücksichtigung von *weißer* Scham in der politischen Bildung aus und eröffnet neue Perspektiven für Theorie und Praxis.

Zum kostenfreien Download

<https://www.logos-verlag.de/ebooks/OA/978-3-8325-5299-2.pdf>

Tobias Linnemann

Bildet Scham? Zusammenhänge von Scham und Bildungsprozessen von weiß-mehrheits-deutsch Positionierten bezüglich ihrer Involvierung in rassistische Verhältnisse

Logos Verlag, 530 Seiten, 47 EURO, ISBN 978-3-8325-5299-2

Katharina Schoenes: Asyl, Sexualität und Wahrheit - Gerichtliche Entscheidungen zum Asylgrund »sexuelle Orientierung«

Sachbuch

Woran machen Asylrichter*innen fest, ob Geflüchtete »wirklich« schwul oder lesbisch sind? Wer hat die Macht zu definieren, was Homosexualität bedeutet und unter welchen Umständen sie im Sinne des Flüchtlingsrechts schutzwürdig ist? Katharina Schoenes geht diesen Fragen aus der Perspektive der Gender und Queer Studies sowie der Rassismusforschung nach. Dabei rekonstruiert sie das in Asylentscheidungen verwendete Wissen und ordnet es historisch ein. Dies verschafft Einblicke in die bislang kaum erforschten Erfahrungen und Sichtweisen von Asylrichter*innen – und leistet einen wichtigen Beitrag zur Rechtssoziologie.

Zur Bestellmöglichkeit

<https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-6606-9/asyl-sexualitaet-und-wahrheit/>

Katharina Schoenes

Asyl, Sexualität und Wahrheit Gerichtliche Entscheidungen zum Asylgrund „Sexuelle Orientierung“

transcript Verlag, 274 Seiten

PRINT: 45 EURO, ISBN 978-3-8376-6606-9

E-BOOK: 44,99 EURO, ISBN 978-3-8394-6606-3

Anna Sabel / Natalia Amina Loinaz / Verband binationaler Familien und Partnerschaften (Hg.): (K)ein Kopftuchbuch - Über race-, Religions- und Geschlechterkonstruktionen und das, wovon Kopftuchdebatten ablenken

Sachbuch

Seit nunmehr fünfundzwanzig Jahren wiederholen sich in Deutschland die immer gleichen Kopftuchdebatten: Unaufhörlich werden die Motive für das Tragen von Kopftüchern hinterfragt, ihr Dasein problematisiert und Kopftuch tragende Frauen herabgewürdigt. Was sagt die Vehemenz dieser Debatten über unsere Gesellschaft aus? Welche Bilder von Neutralität, Geschlecht und Religion finden dabei Anwendung und welche Vorstellungen von Zugehörigkeit und ihren Grenzen fördern sie zutage? Die Beitragenden aus Wissenschaft und Aktivismus gehen diesen Fragen nach und setzen sich u.a. mit der Rassifizierung von Geschlecht, der Vergeschlechtlichung von *race* sowie der Verknüpfung

40. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

von *race*- und Religionskonstruktionen auseinander – mal nah an Kopftuchdebatten, mal davon losgelöst.

Zur Bestellmöglichkeit

www.transcript-verlag.de/978-3-8376-6507-9/k-ein-kopftuchbuch/

Anna Sabel / Natalia Amina Loinaz / Verband binationaler Familien und Partnerschaften (Hg.)

(K)ein Kopftuchbuch

Über *race*-, Religions- und Geschlechterkonstruktionen und das, wovon Kopftuchdebatten ablenken

transcript Verlag, 194 Seiten, 19 EURO, ISBN: 978-3-8376-6507-9

Meldungen

Madjiguène Cissé ist gestorben: Die Anführerin der Sans Papiers

Artikel in der taz vom 16. Mai 2023

In Frankreich wurde sie als Vorkämpferin für die Rechte papierloser Afrikaner:innen bekannt. Jetzt ist Madjiguène Cissé mit 72 Jahren gestorben.

Zur vollständigen Meldung

<https://taz.de/Madjiguene-Cisse-ist-gestorben/!5935127/>

Quelle: www.taz.de

Rassismus

Posthume Ehrung für Mevlüde Genç zum 30. Jahrestag des Brandanschlags

Artikel im migazin vom 29. Mai 2023

Mevlüde Genç steht für das unermessliche Leid der Brandanschlags-Opfer von Solingen, aber auch für Versöhnung und Verständigung. 30 Jahre nach der Tat benennt die Stadt Solingen einen Platz nach der verstorbenen Friedensbotschafterin.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2023/05/29/posthume-ehrung-mevluede-genc-jahrestag/

Quelle: www.migazin.de

„Habe das Vertrauen verloren“: Angehörige fordern vor Ende des U-Ausschusses zu Hanau Konsequenzen

Artikel im migazin vom 06. Juli 2023

Die Arbeit des Hanau-Untersuchungsausschuss im hessischen Landtag geht zu Ende. Überlebende und Angehörige der Opfer des rassistischen Anschlags haben auf Aufklärung gedrängt und Behördenversagen angeprangert. Nun fordern sie Konsequenzen.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2023/07/06/angehoerige-ende-u-ausschusses-hanau/

Quelle: www.migazin.de

Konflikte im Amateur-Fußball: Weniger Gewalt, mehr Diskriminierung

Artikel im migazin vom 05. Juli 2023

Auf den Fußballplätzen in Sachsen-Anhalt geht es mitunter hart zu. Manchmal über die Regeln des Vertretbaren hinaus. Auch in der gerade abgelaufenen Spielzeit wurden wieder 13 Fußballspiele abgebrochen. Grund ist nicht selten Rassismus. Es ist eine Entwicklung, die sich fortsetzt.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2023/07/05/konflikte-amateur-fussball-weniger-gewalt/

Quelle: www.migazin.de

Regelschulen: Bildungsausschluss durch Inklusion: bevorzugt nach Herkunft

Artikel im migazin vom 03. Juli 2023

Zur Stellenbeschaffung an Regelschulen werden immer mehr Kinder zu Inklusionsfällen deklariert. „Monitor“ thematisiert das Problem und verkennt das Auswahlprinzip. Der Aufschrei bleibt aus.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2023/07/03/regelschulen-bildungsausschluss-durch-inklusion-bevorzugt-nach-herkunft/

Quelle: www.migazin.de

Hass-Chronologie: 17 Fälle aus 30 Tagen zeigen: Rassismus ist Alltag in Deutschland

Artikel im migazin vom 12. Juni 2023

Rassismus ist für viele Menschen in Deutschland Alltag. Die meisten Fälle erfährt die Öffentlichkeit nicht, nur ganz wenige werden – wenn überhaupt – kleingedruckt. MiGAZIN dokumentiert 17 Fälle aus den vergangenen 30 Tagen in chronologischer Reihenfolge.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2023/06/12/hass-chronologie-faelle-tagen-rassismus/

Quelle: www.migazin.de

Diskriminierung

Soziale Teilhabe: Migranten mit Behinderung massiv benachteiligt

Artikel im migazin vom 05. Juni 2023

Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderungen mangelt es oftmals an Teilhabechancen am gesellschaftlichen und beruflichen Leben. Lehrer schieben Schüler öfter auf Förderschulen ab. Ein Forschungsprojekt hat Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2023/06/05/soziale-teilhabe-migranten-mit-behinderung-massiv-benachteiligt/

Quelle: www.migazin.de

Exklusionsrisiken junger Menschen am Übergang Schule – Beruf

Factsheet von IN VIA Deutschland

Warum bleiben immer mehr junge Menschen ohne Ausbildung? Laut Berufsbildungsbericht 2023 verfügen 17,8 Prozent der 20- bis 34-Jährigen in Deutschland über keinen Berufsabschluss. Diese alarmierende Zahl ist nicht allein durch die häufig angeführten Passungsprobleme zu erklären. Vielmehr deutet sie daraufhin, dass bestimmte junge Menschen am Ausbildungsmarkt strukturell benachteiligt werden. Welche Zahlen sind in diesem Zusammenhang wichtig? Welche Jugendlichen erfahren Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz? Das Factsheet „Exklusionsrisiken junger Menschen am Übergang Schule – Beruf“ gibt kurz und knapp Antworten auf diese Fragen. Das Projekt „Ausbildung garantiert!“ von IN VIA Deutschland im Netzwerk der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V. hat dafür zentrale Fakten aus einer Vielzahl an Studien in kompakter Form zusammengestellt.

Zum Factsheet

https://jugendsozialarbeit.news/wp-content/uploads/2023/06/Factsheet_Exklusionsrisiken-am-Uebergang-Schule-Beruf.pdf

Quelle: Newsletter der BAG JSA, www.jugendsozialarbeit.news

Mehr Leute setzen sich gegen Diskriminierung zur Wehr

Artikel im migazin vom 27. Juni 2023

Das Bewusstsein für Diskriminierung nimmt zu, die Zahl der Menschen, die sich wehren wollen, auch. Die Antidiskriminierungsbeauftragte Ataman wertet das als gutes Zeichen, ist aber besorgt über die Zunahme an Ressentiments und Hetze.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2023/06/27/jahresbericht-mehr-leute-diskriminierung-wehr/

Quelle: www.migazin.de

Brandbrief-Lehrer gehen nach rechten Anfeindungen

Artikel im migazin vom 13. Juli 2023

Zwei Lehrer aus dem Spreewald schreiben einen Brandbrief und berichten von rechtsextremen Vorfällen an ihrer Schule. Nun haben sie eine Entscheidung gefällt, die aufhorchen lässt - und gleichzeitig für Bestürzung sorgt.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2023/07/13/niederlage-rechts-brandbrief-lehrer-burg/

Quelle: www.migazin.de

Juristische Entscheidungen

Gericht: Berliner Mohrenstraße kann umbenannt werden

Artikel im migazin vom 06. Juli 2023

Ob der Name „Mohrenstraße“ rassistisch ist oder nicht, bleibt weiter offen. Die strittige Umbenennung der Straße im Zentrum Berlins ist nach der Gesetzeslage aber kein Verstoß gegen Rechte der Anwohner. Die Macht über Straßennamen haben vor allem Behörden, so das Gericht.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2023/07/06/gericht-mohrenstrasse-kann-umbenannt-werden/

Quelle: www.migazin.de

Weitere Meldungen

Regenbogen-Kapitalismus: Diversität als Modernisierungsstrategie

Kommentar von Kein Nghi Ha im migazin vom 02. Juni 2023

Diversität hat Hochkonjunktur und das hat viele Gründe. Doch Diversität führt nicht automatisch dazu, dass Institutionen anti-rassistisch werden. Sie garantiert auch keine Strukturveränderungen.

Zum vollständigen Kommentar

www.migazin.de/2023/06/04/regenbogen-kapitalismus-diversitaet-als-modernisierungsstrategie/

Quelle: www.migazin.de

Forscherin kritisiert zu wenig Auseinandersetzung mit Rassismus

Saphire Shure im Gespräch, migazin vom 11. Juli 2023

Strukturellen Rassismus gibt es nach Worten der Rassismusforscherin Saphira Shure in Deutschland schon lange, es sei nur nicht darüber gesprochen worden. Davon hätte AfD profitiert, sagt die Professorin für Erziehungswissenschaft im Gespräch.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2023/07/11/saphira-shure-gespraech-forscherin-auseinandersetzung/

Quelle: www.migazin.de

Stellenanzeigen

–